



Donnerstag, 09. Juli 2026, 15:00 Uhr
~14 Minuten Lesezeit

Am Rande und im Herzen Europas

Belarus ist mehr als eine geopolitische Pufferzone zwischen Russland und dem Westen. Eine Reise in das Land offenbart kulturelle Eigenheiten, ein starkes nationales Selbstverständnis und eine traurige Vergangenheit. Teil 2 von 4.

von Jan Gorski, Klaus-Dieter Kolenda
Bild: Collage mit Foto von Shutterstock.com (nexusby)

Seit einigen Jahren hat sich in den Medien der Name

Belarus für das Land etabliert, das früher den Namen Weißrussland trug. Der neue Begriff soll die Unabhängigkeit zu Russland unterstreichen. Doch noch immer ist das Land unter der Führung von Aljaksandr Lukaschenka nicht mehr als ein Satellitenstaat Moskaus; eine Verkürzung, die nur jemand vornehmen kann, der das Land nicht bereist und näher kennengelernt hat. Die Autoren dieses Beitrags besuchten Belarus erlebten ein Land mit wunderschöner Natur, kulturellen Besonderheiten, dessen eigene Entwicklung jedoch leidet unter den geopolitischen Spannungen um es herum. Die Reise wurde am Ende mehr als ein touristischer Ausflug, sondern auch eine Auseinandersetzung mit der eigenen deutschen Geschichte. Teil 2 von 4.

Fürstentum Polozk und Großfürstentum Litauen

Beginnen wir mit der Epoche des Fürstentums Polozk, das vom 10. bis 12. Jahrhundert in Konkurrenz zur Kiewer Rus stand und innerhalb des ostslawischen Herrschaftsraums eine eigenständige Rolle einnahm.

Im 13. Jahrhundert wurde das Gebiet infolge dynastischer Verflechtungen in den Einflussbereich des Großfürstentums Litauen einbezogen und schließlich in dessen Herrschaftsstruktur integriert. Das Großfürstentum gehörte im Spätmittelalter zu den größten Staaten Europas und erstreckte sich in seiner größten Ausdehnung vom Baltikum bis in den Raum des Schwarzen Meeres.

Da es zu dieser Zeit noch keine schriftliche Form der litauischen Sprache gab, prägten in diesem Herrschaftsraum die christliche, ostslawische Kultur und die albelarussische Sprache das Staats- und Verwaltungswesen.

Ein herausragendes Zeugnis dieser Zeit ist das aus dem 12. Jahrhundert stammende Kloster der Heiligen Euphrosyne in Polozk. Es war nicht nur ein religiöses Zentrum, sondern auch ein bedeutender Ort für Bildung, Schriftkultur und geistige Entwicklung. Mit Euphrosyne von Polozk als prägender weiblicher Gestalt entwickelte sich das Kloster zu einem seltenen Beispiel weiblicher spiritueller Autorität und intellektueller Einflussnahme im mittelalterlichen Osteuropa. Als Äbtissin und Stifterin prägte sie religiöse Praxis, Bildungsstrukturen und kulturelles Leben in ihrer Region in außergewöhnlichem Maße. Als eines der wenigen erhaltenen Zeugnisse dieser frühen Epoche verweist das Kloster unmittelbar auf die religiöse und intellektuelle Prägung Polozks sowie auf die besondere Rolle von Frauen in der geistlichen Kultur dieser Region.

Als spätere, moderne Form der Erinnerung an diese Tradition steht die Belarussische Nationalbibliothek in Minsk, die über den drittgrößten Bestand an russisch-sprachigen Medien nach den Nationalbibliotheken in Moskau und St. Petersburg verfügt. Das 72 Meter hohe, architektonisch eindrucksvoll gestaltete Gebäude wurde als Rhombenkuboktaeder („Diamant des Wissens“) konzipiert, in nur drei Jahren errichtet und 2006 eröffnet. Es fungiert heute als nationales Wissens- und Kulturzentrum und symbolisiert die Bedeutung von Bildung, Sprache und Identität in der Gegenwart.

Franzisk Skaryna

Direkt vor dem Eingang befindet sich das Denkmal von Franzisk Skaryna. Der ebenfalls aus Polozk stammende Humanist, Arzt, Astronom und Denker lebte zurzeit Martin Luthers und übersetzte bereits vor ihm Bibeltexte in eine frühe Form der ostslawischen beziehungsweise frühbelarussischen Schriftsprache. Dadurch machte er religiöse Inhalte breiteren Bevölkerungsschichten zugänglich und beeinflusste die Entwicklung der Schriftsprache nachhaltig.

Franzisk Skaryna vermittelte zwischen verschiedenen christlichen Traditionen und setzte auf kulturelle sowie sprachliche Verständigung. Er bewegte sich im Spannungsfeld zwischen Ost und West sowie zwischen katholischer und orthodoxer Tradition und verband diese Einflüsse in seiner kulturellen und sprachlichen Arbeit, die innovativ, aber nicht konfessionell polemisch ausgerichtet war. Im Gegensatz dazu führte die Reformation durch Martin Luther zu konfessionellen Spaltungen in Europa, die sich über Jahrzehnte verschärften und im Dreißigjährigen Krieg in extremen Gewalttaten und gesellschaftlichen Verwüstungen kulminierten.

So markieren das Kloster der Heiligen Euphrosyne in Polozk als mittelalterliches geistiges Denkmal und die Nationalbibliothek in Minsk mit dem Skaryna-Monument als modernes Symbol zwei zentrale Bezugspunkte der kulturellen Erinnerung – sie verbinden die religiöse Vergangenheit mit der heutigen kulturellen Identität.

Ende der ersten Blütezeit

Diese erste Blütezeit kam an ihr Ende, nachdem das Großfürstentum Litauen eine Personalunion mit dem Königreich Polen eingegangen war – vor allem, um dem Eroberungsdruck des Deutschen Ordens standzuhalten.

Diese Entwicklung war der Beginn eines längeren machtpolitischen Konflikts im Ostseeraum, dessen Wurzeln bereits im 12. und 13. Jahrhundert in der Expansion des Deutschordensstaates, den Ritter und Adlige aus vielen Teilen Westeuropas („Preußenfahrer“) bei seinen Feldzügen im Baltikum unterstützten, sowie in der deutschen Ostsiedlung lagen und der die politischen Verhältnisse der Region nachhaltig prägte.

Danach setzte eine polnische Kolonisierung ein, die mit einer wachsenden Benachteiligung der orthodoxen Kirche einherging. Der Versuch, durch die Gründung der griechisch-katholischen Kirche (unierte Kirche), die Rom anerkannte und zugleich die orthodoxe Liturgie bewahrte, diese Entwicklung aufzuhalten, führte langfristig zu einer Spaltung der orthodox geprägten Bevölkerung und zur Entstehung konkurrierender Kirchenstrukturen. Dieser Prozess wurde erst nach der Auflösung der polnisch-litauischen Adelsrepublik infolge der drei Teilungen Polens gestoppt, als die belarussischen Gebiete unter die Herrschaft des Russischen Kaiserreichs gerieten.

Während des Ersten Weltkriegs wurde 1918 im deutsch besetzten Minsk im Rahmen der deutschen Besatzungspolitik, die auf Kontrolle und Einfluss in der Region abzielte, kurzzeitig die Belarussische Volksrepublik ausgerufen, die jedoch keinen längeren Bestand hatte.

Nach dem Ende des Ersten Weltkriegs und der Wiedererlangung der polnischen Staatlichkeit fielen die westlichen Teile des heutigen Belarus sowie Teile Litauens, darunter auch Vilnius, nach dem polnisch-litauischen Konflikt von 1920 an die Zweite Polnische Republik. Die darauf folgende Polonisierungspolitik, die bis heute nachwirkt, und die Ansiedlung polnischer Siedler führten zu Spannungen mit der belarussischen und litauischen Bevölkerung.

Dieser Zustand dauerte bis 1939, als das Land zwischen dem Deutschen Reich und der Sowjetunion aufgeteilt wurde. Die zuvor zu Polen gehörenden westbelarussischen Gebiete wurden daraufhin in die Weißrussische Sozialistische Sowjetrepublik eingegliedert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs befand sich das Land in einer katastrophalen Lage: Städte wie Minsk, Brest, Gomel oder auch Polozk lagen in Trümmern. Die Industrie war fast vollständig zerstört, die Landwirtschaft zusammengebrochen und Millionen Menschen waren getötet oder verschleppt worden. Dazu kam in den Jahren 1946 und 1947 eine Hungersnot, die viele Opfer forderte, was kaum bekannt ist. Belarus stand praktisch an einem wirtschaftlichen Nullpunkt.

Wiederaufbau und zweite Blütezeit

Mit dem Wiederaufbau begann eine neue Blütezeit des Landes. Die zentrale Steuerung erlaubte einen schnellen, koordinierten Wiederaufbau, der auf sozial-politischer Priorität und nicht auf Marktlogik basierte.

Ein wichtiger Schwerpunkt dabei war die Industrialisierung. Belarus baute nicht einfach alte Fabriken wieder auf – es gab ja kaum etwas aufzubauen –, sondern errichtete sie neu und Minsk entwickelte sich zum industriellen Zentrum. Auch die Landwirtschaft wurde modernisiert. Die Traktoren und landwirtschaftlichen Maschinen aus den neugebauten Fabriken steigerten die Produktivität von Kolchosen und Sowchosen, was die Ernährungssicherheit stärkte und Arbeitskräfte für die Industrie freisetzte.

Schon Ende der 1960er Jahre war Belarus, gemessen an der Industrieproduktion pro Kopf, nach Estland, das im Krieg kaum zerstört wurde, eine führende Sowjetrepublik. Es lag noch vor

Russland und der Ukraine, hatte von 1960 bis 1970 das schnellste Wachstum aller Republiken und war die klare Nummer 2 (1). Die gezielte Entwicklung von Maschinenbau, Metallverarbeitung und chemischer Industrie machte das Land zu einem wichtigen Wirtschaftszentrum der Sowjetunion.

Diesen hohen Industrialisierungsgrad behielt Belarus bis zum Zerfall der Sowjetunion 1991 bei. Daher wird in Belarus möglicherweise nicht der Unabhängigkeitstag, sondern der 3. Juli, der Tag der Befreiung von Minsk von der deutschen Besatzung 1944 als Nationalfeiertag gefeiert.

Tschernobyl-Katastrophe

1986 wurde der Südosten von Belarus von den Folgen der Tschernobyl-Katastrophe in der Ukraine erfasst. Dabei wurden etwa 23 Prozent der Landfläche radioaktiv kontaminiert, eine Fläche, die ungefähr so groß ist wie die Slowakei beziehungsweise das Bundesland Niedersachsen.

In den betroffenen Gebieten lebten rund 2,3 Millionen Menschen. Etwa 150.000 wurden dauerhaft umgesiedelt, mehrere Hunderttausend waren insgesamt von Evakuierungen betroffen. Über 470 Dörfer in der Region Gomel wurden aufgegeben.

Langfristig wurden 5 bis 7 Prozent der landwirtschaftlichen Fläche unbrauchbar, während rund 20 Prozent des Landes weiterhin radioaktiv belastet und nur eingeschränkt nutzbar sind.

Die wirtschaftlichen Schäden werden auf etwa 250 Milliarden US-Dollar geschätzt, wobei die Folgen der Tschernobyl-Katastrophe den Staat bis heute mit bis zu 2 Prozent des BIP jährlich belasten – vor allem durch Gesundheitskosten, Entschädigungen, laufende

Dekontamination, sowie den langfristigen Verlust land- und forstwirtschaftlicher Nutzflächen.

Der 26. April 2026 markiert den 40. Jahrestag der Katastrophe. Tschernobyl prägt Belarus bis heute – wirtschaftlich, gesellschaftlich und im kollektiven Gedächtnis.

Der Umfang der Katastrophe lässt sich nur schwer fassen – er wird oft mit den Folgen eines Krieges verglichen. Doch während ein Kriegsgegner irgendwann abzieht und sich Schäden zumindest langfristig reparieren lassen, bleiben die Auswirkungen einer nuklearen Katastrophe bestehen: unsichtbar, dauerhaft und über Generationen wirksam.

Nach der Tschernobyl-Katastrophe gleicht die Lage in Belarus daher eher einer dauerhaften „Besatzung“ durch radioaktive Kontamination – in Landschaft, Landwirtschaft und den Körpern der Menschen. So gesehen haben die Menschen in Belarus bereits eine Form von „Atomkrieg“ erlebt – nicht als einmaliges Ereignis, sondern als Zustand, der bleibt. Genau deshalb verdient diese Erfahrung heute besondere Aufmerksamkeit, medial wie politisch.

Entwicklung seit 1991

Nach der Unabhängigkeit 1991 wurde Belarus zunächst von einem Parlamentsvorsitzenden und einer schwachen Regierung geführt. Die Wirtschaft brach stark ein: Die Industrieproduktion sank bis Mitte der 1990er um etwa 30 bis 40 Prozent, und die Inflation erreichte zeitweise vierstellige Werte. Politisch blieb das Land instabil, da mehrere schwache Parteien keine stabile demokratische Ordnung bilden konnten (2).

Die Privatisierung war sehr begrenzt. Es wurden zwar kleinere

Betriebe schrittweise privatisiert, aber der Staat, aus Angst vor Massenarbeitslosigkeit, behielt weiterhin die Kontrolle über rund 70 bis 80 Prozent der Industrieproduktion. In dieser Krise lebten große Teile der Bevölkerung mit sinkenden Einkommen und Unsicherheit, was die Sehnsucht nach „Ordnung und Stabilität“ verstärkte.

So brachte die Unabhängigkeit 1991 Belarus einen wirtschaftlichen Zusammenbruch und soziale Verelendung, vergleichbar vielleicht nur mit den Nachkriegsjahren – allerdings mit einem gravierenden Unterschied:

Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Belarus vollständig in Trümmern: Städte, Felder, Dörfer und Infrastruktur waren zerstört und es gab kaum arbeitsfähige Menschen mehr. Nach 1991 entstanden relativ moderne Großbetriebe, die Bevölkerung war arbeitsfähig und gut ausgebildet und – besonders wichtig – der Wohnraum wurde staatlich vergeben und nicht privatisiert.

Der Anteil der Menschen, die in den eigenen vier Wänden leben, gehört in Belarus bis heute zu den höchsten in Europa und liegt Schätzungen zufolge bei rund 80 bis 90 Prozent. Damit unterscheidet sich Belarus deutlich von vielen westeuropäischen Ländern, insbesondere von Deutschland, wo die Wohneigentumsquote derzeit nur bei rund 47 Prozent liegt.

Beim Rückgang des realen BIP bis 1995 schnitt Belarus mit 34 Prozent wesentlich besser ab als die rohstoffreichen Staaten Ukraine und Russland. Dies lag unter anderem daran, dass Präsident Lukaschenko die Privatisierung stoppte und die Empfehlung des russischen Präsidenten Jelzin ablehnte, westliche Berater zu engagieren, woraufhin das Land von den westlichen Strukturhilfsprogrammen größtenteils ausgeschlossen wurde.

Zahlreiche deutsche Bürgerinitiativen, die später den bereits

erwähnten BDWO gründeten, leisteten hingegen weiterhin humanitäre Hilfe. Sie organisierten unter anderem wichtige Unterstützungsmaßnahmen für die Opfer der Tschernobyl-Katastrophe, deren Folgen nur mit denen eines Krieges verglichen werden können, und trugen zugleich zur Entwicklung des Landes bei.

Nach der Wahl von Alexander Lukaschenko im Jahr 1994 begann eine rasche wirtschaftliche Entwicklung des Landes, die, wenn überhaupt, in deutschen Medien nur abwertend dargestellt wurde. Lukaschenko trat dabei als Antikorruptionspolitiker auf und warb mit einem stark sozial orientierten Programm, das auf breite Zustimmung der Bevölkerung stieß und in Wikipedia als ein „einzigartiges“ Sozialsystem bezeichnet wurde, ohne es aber näher zu erklären.

Mit diesem Programm wurde jedoch ein Staat erschaffen mit:

- politischer und sozialer Stabilität,
- fehlender Oligarchie und dem Erhalt großer Teile der Industrie und Landwirtschaft in staatlicher Hand,
- vergleichsweise geringer sozialer Ungleichheit,
- einem funktionierender Sozialsystem mit Recht auf Arbeit, Schulbildung und einer gesundheitlichen Versorgung und
- niedriger Armut im Vergleich zu den meisten anderen postsowjetischen Staaten.

Diese soziale Politik sicherte den Erhalt der nationalen Eigenständigkeit, die dank geschickten Taktierens zwischen Russland und dem Westen bis heute auf viele Erfolge verweisen kann.

Nach Ansicht des polnischen Politikwissenschaftlers Professor Gracjan Cimek widerspricht das belarussische Wirtschaftsmodell

somit dem neoliberalen Dogma von der angeblichen Überlegenheit des Privateigentums gegenüber gesellschaftlichem Eigentum (3).

Nach Einschätzung von Cimek sind die folgenden Faktoren entscheidend für das wirtschaftliche und politische Überleben von Belarus:

- eine enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Russland,
- die geostrategische Lage als Transitland zu Russland und China,
- das Vorhandensein einer selektiven Mischwirtschaft statt vollständiger Marktformen,
- die gut entwickelte Industrie aus der Sowjetzeit, die stets modernisiert wird und
- die Exportfähigkeit in den postsowjetischen Raum.

Eine entscheidende Rolle spielt dabei auch die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Strukturen im historischen Kontext von Belarus.

Belarus versteht sich geopolitisch oft als „Brücke“ zwischen Ost und West, was auch die vermittelnde Rolle von Lukaschenko im Konflikt zwischen den Bruderländern Russland und Ukraine erklärt.

Es ist schon bemerkenswert, wie oft diese Rolle vor und seit Beginn des Ukrainekrieges ausgeblendet wird. Minsk war nicht nur Gastgeber der Minsker Abkommen I und II. Auch die ersten direkten Verhandlungen zwischen Russland und der Ukraine nach Kriegsbeginn 2022 fanden auf belarussischem Territorium statt, bevor sie später nach Istanbul verlegt wurden.

Über die Minsker Abkommen sagten später Angela Merkel und der französische Präsident François Hollande, diese hätten der Ukraine Zeit zur militärischen Stärkung verschafft. Kritiker interpretieren dies als Hinweis auf einen fragwürdigen Friedenswillen.

Auch wenn der wirtschaftliche Aufschwung von Belarus nicht ohne Rückschläge verlief – laut Weltbank führte allein im Jahr 2022 der westliche Sanktionsdruck zu einem Rückgang des BIP um 4,7 Prozent – ermöglichten die durchschnittlichen BIP-Zuwächse von 1996 bis 2025 von jährlich von 3,5 bis 4,5 Prozent (4), eine moderne, gut funktionierende Infrastruktur aufzubauen und den Einwohnern von Belarus einen gewissen Wohlstand zu sichern, den wir bei unserer Reise sehen und erleben konnten.

Dies lässt sich damit erklären, dass das BIP, das die Wirtschaftsleistung eines Landes auf Basis von instabilen Wechselkursen in US-Dollar abbildet, nur eingeschränkt geeignet ist, die tatsächliche Wirtschaftsleistung und den Lebensstandard eines Landes zu bewerten. Deshalb verwenden internationale Organisationen wie der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und die OECD sowie Wissenschaftler wie Jeffrey Sachs den Vergleich nach Kaufkraftparität (KKP). Die KKP zeigt, welche Waren und Dienstleistungen mit dem Einkommen eines Landes tatsächlich produziert und erworben werden können, und macht damit die innere Produktionsleistung und Kaufkraft sichtbar (5).

Trotz verschiedener Sanktionen und Einschränkungen im Außenhandel lag Belarus bei der Wirtschaftsleistung pro Einwohner nach KKP bereits vor 2014 und auch 2025 deutlich über der rohstoffreichen Ukraine. Im Ländervergleich liegt heute Belarus ungefähr auf dem Niveau Bulgariens.

Das alles wurde erreicht ganz ohne die milliardenschweren EU-Förderprogramme im Rahmen der Kohäsionspolitik, wie es der Fall bei den neuen EU-Mitgliedsländern war und ist. Und die Frage drängt sich auf: Wo stünde wirtschaftlich und sozial Belarus heute, hätte das Land seine Entwicklung tatsächlich frei von äußeren Eingriffen und Beeinträchtigungen (Sanktionen!) selbst bestimmen können?

Besonders bemerkenswert ist, dass Belarus – abgesehen von Kalisalzen – über kaum rohstoffbasierte Exportgüter verfügt, deren Ausfuhr durch die EU inzwischen aber leider vor allem durch Sanktionen, Handels- und Transportbeschränkungen sowie Einschränkungen im Zahlungsverkehr erheblich erschwert wird. Der belarussische Kalidünger hat am Weltmarkt einen Anteil von etwa 20 Prozent und ist mit rund 4 Prozent am BIP ein wichtiger Pfeiler der nationalen Wirtschaft. Abgesehen von diesen natürlichen Ressourcen verdankt Belarus seinen wirtschaftlichen Erfolg, ähnlich wie Deutschland, weitgehend dem Wissen und Können seiner Bevölkerung.

Versuch einer „Farbrevolution“

2020 kam es in Belarus nach der Präsidentschaftswahl zu massiven Protestdemonstrationen, die eher wohl als der Versuch, eine „Farbrevolution“ zu starten, interpretiert werden müssen (6). Im Unterschied zu den Maidan-Ereignissen in der Ukraine führte die Bewegung jedoch nicht zu dem vom Westen gewünschten Machtwechsel.

Auch nach Einschätzung von Professor Cimek handelte es sich entgegen verbreiteter Darstellungen im Westen, die von einer spontanen Protestbewegung ausgehen, um einen von außen gesteuerten Prozess. Dabei sollte auch auf die Rolle des polnischen Senders Belsat TV hingewiesen werden, der seit 2007 versucht, der belarussischen Bevölkerung und Diaspora die politischen Entwicklungen aus der EU-Perspektive zu erklären. Ebenso ist die Koordination der Proteste durch NEXTA zu erwähnen, ein Telegram-basiertes Netzwerk, das zwar von belarussischen Oppositionellen gegründet, jedoch ebenfalls von Polen aus betrieben wurde und wird (7).

Neben globalpolitischen Einflüssen spielten bei den erfolgten Protesten aber auch gesellschaftliche Veränderungen eine wichtige Rolle. Eine zentrale Triebkraft war dabei die neue kreative Mittelschicht, insbesondere die rund 100.000 bis 120.000 IT-Spezialisten, die einen erheblichen Beitrag von etwa 5 bis 7 Prozent zum Wirtschaftswachstum leisteten. Diese gut ausgebildete, digital geprägte und überdurchschnittlich verdienende Gruppe trat zunehmend für ein alternatives Staats- und Wirtschaftsmodell ohne Verdienstgrenzen ein. Nach dem Scheitern der Proteste wanderten schätzungsweise 40.000 IT-Spezialisten vor allem nach Litauen und Polen ab, die vorher auf Staatskosten ausgebildet worden waren.

Mehrheit nicht prowestlich eingestellt

Wie auch die Meinungsumfragen aus dieser Zeit gezeigt haben, war die Mehrheit der Bevölkerung nicht prowestlich eingestellt, und das hängt natürlich auch mit der Politik von Lukaschenko (siehe oben) zusammen (6). Möglicherweise spielte dabei ebenfalls das bis heute nicht überwundene Kriegstrauma eine wichtige Rolle. Es ist im kollektiven Gedächtnis weiterhin präsent und prägt die Anerkennung gesellschaftlicher Werte wie das Bedürfnis nach Stabilität, Ordnung und Sicherheit.

Zwar existieren auch in Belarus politische Strömungen, die nationale Elemente wie Sprache, Literatur, Bildung und kulturelle Identität stärker fördern wollen. Eine ausgeprägte nationalistische Ideologie, wie sie sich in der Ukraine entwickelt hat, gab es dort aber nie.

Nach den offiziellen Wahlergebnissen hatte Lukaschenko mit 80,1 Prozent der abgegebenen Stimmen auch 2020 die Wahl gewonnen. Seine damalige Gegenkandidatin, Swetlana Tichanowskaja, die 10,8 Prozent Stimmen bekam, hat sich aber als Wahlsiegerin erklärt und von Wahlbetrug gesprochen, freilich ohne Beweise vorzulegen (6).

Sie lebt jetzt im Exil in Polen und Litauen und wird zwar nicht als Staatsoberhaupt anerkannt, jedoch von einem Teil der Opposition und einigen EU-Staaten als ein solches behandelt. So wurde sie kürzlich während ihres Besuchs in Kiew von Wolodymyr Selenskyj empfangen, während dieser weiterhin alle Gesprächsangebote von Alexander Lukaschenko ablehnt, und Robert Brovdi, ein Kommandeur der ukrainischen Streitkräfte, mit der Zerstörung beider belarussischen Raffinerien droht.

Wie auch immer, seit 2020 verstärkte sich der Konfrontationskurs der EU gegenüber Belarus. Der Präsident wird nicht anerkannt und das Land wird wegen der Unterstützung von Russland sanktioniert.



Jan Gorski, ist Diplom-Agrar-Ingenieur und Russisch-Lehrer, ehemaliger Hochschullehrer am Institut der Ökonomie, Verwaltung und Personalmanagement der Landwirtschaftsakademie in Szczecin, Weiterbildungsmanager bei der Stiftung Grone-Schule, Projektleiter EU-PHARE Förderprogramme (1999-2004) zur Unterstützung osteuropäischer Länder beim Übergang zur Marktwirtschaft, Experte bei EU-Beitrittsprogrammen in Polen und Vorstandsmitglied des Uelzener Vereins für Deutsch-Weißrussische Beziehungen e.V. und in der Freundschaftsgesellschaft West-Ost in SH e.V. sowie im Bundesverband Deutscher West-Ost-Gesellschaften e. V. (BDWO).



Klaus-Dieter Kolenda, Jahrgang 1941, Prof. Dr. med.,
Facharzt für Innere Medizin und Facharzt für
Physikalische und Rehabilitative Medizin, von 1985 bis
2006 Chefarzt einer Rehabilitationsklinik und seit über 40
Jahren als medizinischer Gutachter bei den
Sozialgerichten in Schleswig-Holstein tätig. Er hat
zahlreiche wissenschaftliche Artikel und eine Reihe von
Fach- und Sachbüchern über die Prävention chronischer
Krankheiten verfasst. Zuletzt hat er sozialmedizinische,
sozialpolitische und friedenspolitische Beiträge in
pharma-unabhängigen medizinischen Fachzeitschriften
und alternativen Online-Medien und Websites
veröffentlicht.